

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
Tagblatthaus.

Schalter-Halle öffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7403.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Gernruf:

„Tagblatthaus“ Nr. 6659-53.  
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7403.

Zeugungs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 2.— monatlich, Mt. 6.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Eingelohn. — Zeugungs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabe-Stellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen Ausgabe-Stellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger und die Post.



Wagegen-Preis für die Zeile: Mt. 1.— für deutsche Anzeigen; Mt. 1.50 für ausländige Anzeigen; Mt. 4.50 für deutsche Anzeigen; Mt. 6.50 für ausländige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme un-  
änderlicher Anzeigen entsprechende Rabatte. — Anzeigen-Aannahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr  
vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorbestimmten Tagen und Wägen wird  
besondere Bewilligung erteilt.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Hollendorf 4747-49.

Mittwoch, 10. März 1920.

## Abend-Ausgabe.

Nr. 118. • 68. Jahrgang.

### Die Nationalversammlung.

nz. Berlin, 9. März. Nach Erledigung seiner Anträge folgt die Beratung des Antzuges Art. 131 (D. A. 1.) betr. Bekanntgabe der der Nationalversammlung vor ihrer Auflösung vorzutragenden Gesetzentwürfe, bezw. schleunige Vorlegung des neuen Wahlgesetzes und Auflösung der Nationalversammlung mit dem 1. Mai 1920.

Graf Troschitzky (D. Nat.). Die Nationalversammlung hat bestimmt die Verfassung zu schaffen, die dringenden Übergangsverordnungen, die Wahlgesetze für den Reichstag und das Wahlrecht für das Reichserhaupt. Das hätte genügt. Statt dessen haben wir seit 1 1/2 Jahren und wissen nicht, wie lange wir noch tagen werden und was uns vorgelegt werden soll. Das ist auf die Dauer eine Unmöglichkeit. Wir sind mit einer Mißverhältnissen überhäuft worden, die niemand mehr abbrechen kann. Wir von der Rechten vertreten durch unseren Antrag den demokratischen Standpunkt (Heiterkeit und Zustimmung) und die zu der Mehrheit den Herrschaftspunkt. Der Revolutionarismus ist verfliegen, man beginnt die neue Regierung kritisch zu betrachten. Die Nationalversammlung hat ihre Aufgabe gelöst. Sie hat 1/2 Arbeit (Verfall).

Reichsminister Koch: Es ist erwünscht, die Arbeiten der Nationalversammlung möglichst bald zum Abschluß zu bringen. Ich will auch nicht darüber rechten, ob die Nationalversammlung noch den Willen des Volkes darstellt. Es ist der Vorzug des parlamentarischen Systems, die Verträge in Fühlung mit der Mehrheit in einer Form einzubringen, die schwere Widerlagen ausschließt. Das ist kein Absolutismus. Die Steuererhöhung war dringend. Darüber war auch die Rechte mit uns einig. Während der Erntezeit können Weizen nicht abgeholt werden. Der Regierung scheint es unmöglich, die Weizen der Ernte zu behalten, weil ein Teil des Landes noch bestellt ist. Hier würden Vorrätefragen und nationale Fragen durcheinander spielen zum Schaden des Deutschen Reiches. Vielleicht könnten auch die Weizen in den besetzten Gebieten verbleiben werden. Dann würden die Reichsbesitzungen der Weizen, zu denen diese Gebiete gehören, unmöglich werden. Es liegt es bei Europa, Ostpreußen, Schlesien, Ostpreußen und Ober-Schlesien. Wer können helfen, daß im Herbst überall in diesen Gebieten die Abholung beendet sein wird. Nur bei Ober-Schlesien ist das noch etwas ungewiß. Das müssen wir hinnehmen. Im Herbst können auch die zurückgeleiteten Kriegsgelangenheiten an den Weizen teilnehmen. Unbedingt erledigt werden muß das Gesetz der Weizen zum Reichstag, das in allerhöchster Zeit der Nationalversammlung, zugeteilt, nachdem der Reichsrat es erledigt hat. Das Reichstag hat sich bereit erklärt gemacht. Allerdings wird das Haus das sehr schwierige Gesetz nicht so rasch erledigen können. (Zuruf von Abg. Schupp-Brumbach: Das ist so alles gemacht Sache, Heiterkeit.) Ferner müssen erledigt werden: die Gesetze über die Volkswahlprüfung und die Reichspräsidentenwahl, die neuen Wehrgesetze, das Staatsgerichtshofgesetz, das Reichsbesitzungsgesetz, den Wirtschaftsrat und die Beamtenauswahl. Dazu kommen ferner noch die Kreisverfassung der Beamten der Kriegsverwaltung und Invaliden und das Reichsbesitzungsgesetz. Erwünscht wäre es, wenn es gelang, in die Etatsberatungen einzutreten. Reich wäre dies allein kein Grund die Nationalversammlung länger zusammenzuhalten. Auf die Einbringung der Schul- und Justizgesetze verzichtet man. Also die Beratung der Gesetze darf nicht überhastet werden.

Selbst wenn es nicht gelingt, das eine oder andere dieser Gesetze zu verabschieden, wird die Regierung die Wahlen am mittelfristig nach der Ernte im Herbst stattfinden lassen.

Die Nationalversammlung muß solange in Kraft bleiben, bis der neue Reichstag zusammengetreten ist. Das Haus wird eine unerhörte Hülfe wertvoller Arbeit in einschneidenden Jahren geleistet haben. Vorwärts und aufwärts. (Beifall.)

Minister Dr. Bell: Nochmals ist unter den größten Schwierigkeiten gelungen ist, die Verabschiedung der Eisenbahnen in die Wege zu setzen, muß doch der Nationalversammlung daran liegen, diese Überleitung der Eisenbahnen auf das Reich nun auch geschäftlich sobald als möglich unter Dach und Fach zu bringen.

Abg. Koch (Zuruf): Auch wir wollen die Nationalversammlung nicht eine Minute länger zusammenhalten, als es nötig ist. Wir müssen im Herbst die Wahlen haben aber die nötigen Gesetze müssen sämtlich fertiggestellt sein und der Reichstag zusammenkommen muß bis dahin ausstehen sein. Mit den planmäßigen Störungen von Versammlungen durch Anhänger der Reichsparteien hängen auch die ständischen Vorgänge im Hotel Adlon enge zusammen.

Minister Koch: Vergeltet werden die nötigen Gesetze dem Hause unter allen Umständen. Es wird an der Arbeitsfreudigkeit des Hauses liegen, ob sie fertig werden.

Abg. Treiborn (Zuruf): Wir sehen den Reichstag mit größter Aufmerksamkeit entgegen. — Abg. Brodhaus (Zuruf): Wir wenden uns gegen den Verwurf, daß wir an unseren Mandaten sitzen. Die Treiborien der Reichspartei werden keinen Schaden im Volk finden. — Abg. Henke (N. C.): Wir wünschen uns mit unseren Wählern sobald als möglich auseinanderzusetzen und stimmen daher dem Antrag zu.

Minister Davids: Wenn man am 1. Mai auseinandergehen wollte, müßte man die wichtigsten Gesetze stellen lassen bis Herbst, so das Beamtenbesetzungsgesetz. (Zuruf: Nein, fertigmachen.) Treib oder Demungen hat die Nationalversammlung rasch und gut gearbeitet, sie hat das Haus jedoch mit der Rechten in der einen und dem Schwere in der anderen Hand. Aber das Haus muß noch nachvollständig gemacht werden. Die Reichsparteien wollen dem Hause den Kronz aufsetzen mit der schwerverordneten Schleiße. Es bleibt bei der Republik und der Demokratie.

Abg. Heine (D. Nat.): Die allerwichtigsten Gesetze können bis zum 1. Mai erledigt werden. Dazu sind auch wir bereit. Aber den Etat durchzusetzen, sind wir nicht bereit.

Minister Koch: Wir warten in Ruhe ab, welche Konsequenzen das Volk aus unserer Arbeit zieht.

Abg. Schuppe-Brumbach (D. Nat.): Ich möchte wissen, wie es im Oktober und November aussieht. Wir sitzen noch bis in den Herbst 1920.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen folgt die momentliche Abstimmung über die Auflösung der Nationalversammlung zum 1. Mai.

Der Antrag wird mit 176 gegen 63 Stimmen bei 3 Stimmenthaltung abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 1. Uhr: Steuererfolge. Schluß nach 8 Uhr.

### Der Zwischenfall bei Adlon.

Eine Mahnung der Reichsregierung.

nz. Berlin, 9. März. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: In den letzten Tagen mehrten sich die Fälle, in denen Mitglieder fremder Kommissionen, die auf Grund und in Ausführung des Friedensvertrages sich in deutschen Städten aufhalten, zum Gegenstand wörtlicher oder tätlicher Angriffe geworden sind. Die Reichsregierung warnt eindringlich vor dieser Verhöhnung der öffentlichen Ehre, die mit Vaterlandsliebe nicht zu tun hat und nur zu schweren Schädigungen des Vaterlandes führen kann. Es ist die selbstverständliche Pflicht eines jeden Deutschen, den fremden Missionärsmitgliedern gegenüber Zurückhaltung und Würde zu bewahren. Jede andere Vorgehensweise kann unheilbare Verwundungen der öffentlichen Ehre und die Gefahr für die Entfaltung einzelner Bürger stiften. Der Reichsminister wird mit äußerster Schärfe sich gegen militärische Aufstellungen wenden, welche den französischen Offizieren in der Ausführung ihrer Amtstätigkeiten in den Wehren treten. Die Reichsregierung wird ebenfalls gegen jede Beleidigung gegen die Gatte und das Volkswahlrecht einschreiten zu ahnden. Sie denkt nicht daran, ihre Politik durch den Nationalpatriotismus durchzusetzen zu lassen, der auf Kosten des gesamten Volkes sein hohes und gefährliches Spiel treibt. Sympathie, wie wir sie in den letzten Tagen erlebten, können nur bewirken, daß die jeweiligen Stimmen in den außerordentlichen Adlon auch sich erheben, die sich nach und nach zum Sprecher für unsere Zeit und unser Recht gemacht haben. Die Reichsregierung (Zuruf) Paris.

### Das Wirtschaftsprogramm der Alliierten

W. T. B. Rotterdam, 9. März. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet „Daily Chronicle“, daß das Wirtschaftsprogramm der Alliierten Hauptpunkte enthalten wird: Meer und Flotte ruhen auf das Reichsmark herabgesetzt werden. Die feindlichen Beziehungen zu den Regierungen sollen profitabel und äußerste Sparsamkeit der Regierungen und Vorkern zur Pflicht gemacht werden. Deutschland soll Zeit gelassen werden, seine Aufstellungen zu bezahlen. Neue Aufstellungen werden als Vorkaufschüsse für die Alliierten, die die Alliierten im Ausland unterziehen, um Kapital zu schaffen, das zur Wiederherstellung der verarmten Gebiete notwendig ist. Deutschland wird erlaubt gehalten, Anleihen im Ausland zu unternehmen. Man wird ihm bei Bekämpfung von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Förderung seines Exportes, insbesondere beihilflich sein. Eine internationale Finanzkonferenz soll einberufen werden. Eine Vergrößerung der Weltbank der Weltbank sollen Abhilfe von internationalen Handelskrediten abfordern werden.

Br. Berlin, 10. März. (Zig. Drahtbericht.) Aus dem unwichtigen Amt erobert wir: Der Plan der Alliierten, den Wirtschaftswandel Deutschlands durch eine internationale Anleihe zu unterstützen, ist schon zu drei Monaten alt und geht von England aus, das schon seit langem die Absicht hat, durch gemeinschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeiten die Grenzen des Krieges in Europa zu ziehen. Die größten Schwierigkeiten zur Durchführung des wirtschaftlichen Programms bestehen darin, daß man noch gar keine Rücksicht hat, Deutschland finanziell zu unterstützen. England hätte schon längst, eine internationale Anleihe zur Bekämpfung des Krieges erwirken und sich auf Widerstand der Reichsregierung gelehrt. Es ist nicht anzunehmen, daß der Oberste Rat nach weitgehender Beschlüsse fassen wird, weil es lediglich darauf ankommt, Deutschland Kreditmöglichkeiten zu schaffen.

nz. Paris, 9. März. (Havas.) Wie die Mütter Medien, haben England und Italien die Abänderungen des Montevideo zum Wirtschaftsmanifest angenommen. Der endgültige festgesetzte Text wird laut „Echo de Paris“ heute veröffentlicht. Der „Recht Barrière“ hebt unter den Punkten zum Montevideo die Forderung der Wiedergutmachungskommission an die deutsche Regierung hervor, daß die in die neutralen Länder abgewanderten Kapitalien, vor allem in der Schweiz und in Skandinavien für den Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen nutzbar zu machen seien.

nz. Paris, 9. März. Wie der „Recht“ meldet, ist in dem Wirtschaftsmanifest die Stelle über die Anleihe Deutschlands ungedruckt worden.

### Der Völkerverbund.

nz. Bern, 9. März. Wie die Genfer Blätter aus Paris melden, sind die der Vollversammlung des Völkerverbundes am 12. oder 18. März in Paris versammelt, um eine Untersuchungskommission für Rußland zu bilden. Bei dieser Gelegenheit soll eine öffentliche Besprechung des Völkerverbundes stattfinden.

### Die holländische Antwort.

nz. Rotterdam, 9. März. (Neuter.) Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet „Evening Standard“, daß die Alliierten die niederländische Note als einen ersten Schritt ansehen und sich wahrscheinlich mit der Versicherung, daß die Verwahrung des Reiches verweigert werden soll, nicht zufrieden geben.

### Deutschland und Sowjetrußland.

Br. Berlin, 10. März. (Zig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, soll die Behauptung, daß die englische Regierung eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland abgeneigt sei, unzutreffend sein. England habe lediglich den Wunsch, daß Deutschland sich in der Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland den englischen Aktionen anschließen. In dieser Hinsicht wird von englischer Seite demnach eine Erklärung an die deutsche Regierung übermittelt werden. Sie wird weiter hören, weil die deutsche Regierung den Annäherungsversuchen der Sowjetregierung gegenüber zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Sie ist der Ansicht, daß nur ein allgemeiner Frieden mit Rußland die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung des Friedensverhältnisses zwischen Moskau und Berlin finden laufe.

### Der Bergarbeiterstreik in Frankreich.

nz. Paris, 9. März. Der Arbeitsminister beabsichtigt infolge des Bergarbeiterstreiks im Departement Nord- und Pas-de-Calais, der eine neue Kohlenkrise heraufbeschwört hat, eine energische Bekämpfung des Reiseverkehrs einzutreten zu lassen. Der Reiseverkehr soll auf ein Drittel herabgesetzt werden, jedoch läßt der Minister den Eisenbahnen die Freizug, den Bedürfnissen der einzelnen Linien Rechnung zu tragen.

nz. Paris, 9. März. (Havas.) Die Regierung brachte auf dem Wege der Kammer einen Gesetzentwurf über die freundschaftliche Regelung der gemeinsamen Arbeitsverhältnisse ein. Der Entwurf unterdrückt das Streikrecht nicht, sondern beschränkt sich darauf, zu verlangen, daß die Arbeit erst dann eingestellt wird, wenn alle freundschaftlichen Einigungsversuche fehlgeschlagen sind.

### Deutschland.

#### Das Zentrum zur Erzbergerfrage.

Br. Berlin, 10. März. (Zig. Drahtbericht.) Wie wir hören, und die Zentrumsfraktion am Samstag, nachdem das Mittel im Erzberger-Gesetz gefallen sein wird, zu der Frage Stellung nehmen, ob Erzberger abbehalten werden soll oder nicht. Nur unter Vorbehalt die Position nicht, Erzberger zur Wiedererlangung seines Abgeordnetenmandats zu zwingen.

nz. Berlin, 10. März. Der Reichsparteitag und der Abschluß der Reichsparteitag teilen am 18. März in Berlin zusammen, um, wie die „Germania“ sagt, zu wichtiger politischen Fragen Stellung zu nehmen, vor allem zu dem Gegenstand des Reichstagsprozesses.

#### Die Folgen der Verkehrsverteilung.

nz. Berlin, 9. März. Wie der „D. A.“ berichtet, liegt in der ersten Runde infolge der Wären. Erklärung der Eisenbahntarife nach Rechnungen einiger Eisenbahndirektionen die Grundlage aus dem Reichserbeherbe erheblich nach. Die Abänderung in die 3. und 4. Wagenklasse beschärft sich so, daß sich eine andere Zusammenstellung der Güte als notwendig herausstellte.

#### Die Verkehrs- und Betriebslage der Eisenbahnverwaltung.

nz. Berlin, 10. März. Minister Oeser sprach in Düsseldorf über die Verkehrs- und Betriebslage. Es sei der Eisenbahnverwaltung gelungen, die Leistungen so zu steigern, daß sie jetzt in der Lage sei, alle Betriebe, namentlich auch die Landwirtschaft, hinreichend zu versorgen.

#### Maßregelung eines Universitätsprofessors.

nz. Berlin, 9. März. Nach dem Tode von Herrn v. K. hat die akademische Senat der Berliner Universität nach Unterlegung der gegen Professor Nicolai erhobenen Verurteilung die an ihn gestellte Frage, ob Professor Nicolai wünschenswert sei, seine Lehrtätigkeit an der Universität fortzusetzen.

Der von den Studierenden der Universität in mündlicher Beschwerde und durch gewalttätige Störung des Unterrichts gegen die Lehrtätigkeit des Professors Dr. Nicolai erhobene Einspruch wird damit begründet, daß Nicolai sich durch seine Lehrtätigkeit und durch seine literarische Tätigkeit während des Krieges landesverräterisch betätigt und sich dadurch des Vertrauens unwürdig gezeigt habe, das ihn in den Beruf als akademischer Lehrer erwidert. Zu dem erhobenen Vorwurf der Fahrlässigkeit sagt die Entscheidung u. a.: Nicolai beging tatsächliche Fahrlässigkeit, als er im Juni 1918 in Gemeinschaft mit drei beurlaubten Soldaten auf einem militärischen Flugzeug nach Danzweig entfuhr. Er tat dies, nachdem er dem militärischen Kommando in den besetzten Gebieten überführt werden war und mit der Waffe ausgestattet werden sollte, und zwar in der Überzeugung, daß er ein Recht darauf habe, lediglich in seinem militärischen Beruf Verwendung zu werden.

Professor Nicolai schriftliche Erklärung gibt in seinem 1916 erschienenen Buch „Die Geschichte des Krieges“. Dieses Hauptwerk enthält namentlich die einen inneren kritische Entwicklungsgeschichte des Krieges. Auf Grund dieses als wissenschaftliche Leistung betrachteten Buches wird Nicolai der zivilisierte Inhalt ist zu beanstanden, sondern die Linken, die zivilisierte Aufklärung und Darlegungen, die gewonnen sind. Deutschland herabzusetzen. Das Unentscheidbare über die, daß Professor Nicolai gewollt hat, unter Hinweis auf das eigene Beispiel Soldaten des Vorkrieges vorzubilden, der etwa würdige Weg sei, Kriegsdienst und Eid offen zu verweigern. Auf derselben Linie wie diese Schritte bewegen sich gewisse Verräter, die Nicolai Nicolai nach seiner Fahrlässigkeit in den staatsrechtlichen Verhältnissen gehalten hat.

#### Buchdruckerstreik.

W. T. B. Düsseldorf, 9. März. Die Buchdrucker treten heute vormittag in den Ausstand, da die verlangte außerordentliche Lohnerhöhung von 100 M. wochenweise ihnen nicht zugesprochen wurde. Die bürgerliche Presse erschien nicht.

Wiesbadener Nachrichten.

Politische Verammlungen.

Der Vizepräsident gibt folgendes bekannt: Die Beratung der oben interalliierten Kommission Nr. 3 vom 10. Januar 1920...

Der Zusammenstoß der hiesigen Kleinrentner und Rentnerinnen. Die Versammlung der Kleinrentner und Rentnerinnen im „Deutscher Hof“ war von etwa 400 bis 500 Personen besetzt...

Das Kaiser-Friedrich-Bad wird am Montag, den 15. d. M., den Betrieb wieder aufnehmen. Wegen Kälteeinbruch...

Verlesung im Volksgewerbe. Unter dieser Epithete erschien dieser Tage ein Artikel im Wiesbadener Tagblatt...

Aus Kunst und Leben.

Wassiljowskies Landestheater. Die Oper „Das Glöckchen des Eremiten“ von H. W. Wald...

gen vor Nachfragen zu bewahren, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß das hiesige Landestheater durch den Vertrag...

Suppenverteilung. Wie wir mitteilen wird, hat der Kommandierende General der Rheinarmee...

Gefahren wurden mittels Einbruch während der Nacht zum 6. d. M. in einem Geschäftshaus an der Altviller Straße...

„Wo stehen die Händliger?“ Zu dieser Frage wird von der hiesigen Seite folgendes geschrieben: Die Reichsbehörde hat Ende vorigen Jahres für ausländische wie inländische Händliger...

Der Kulturverein mit Danks. Die bisher im Volksgewerbe mit dem Reichsrat...

Berichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Reichliches Landestheater. Wegen Donnerstag erst zum erstmaligen in der Spielzeit...

Kulturbildungsbund. Freitag findet eine Sitzung des Kulturbildungsbundes...

Kulturbildungsbund. Freitag findet eine Sitzung des Kulturbildungsbundes...

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Aus der Viehärztlichen Stadtverordneten-Versammlung. Am Mittwoch, d. 10. März...

Wiederholungsleistungen. Am Freitag, d. 12. März, werden die Wiederholungsleistungen...

Reizung. Ein „Mogart-Hören“ im Saal des „Stoffen“...

Wiesbaden, den 10. März 1920. Die hiesige Kulturvereinsversammlung...

Sport.

Die Rhein- und Taunuslauf Wiesbaden (S. G.). Die dritte Rhein-Taunuslauf...

Handelsteil.

Vom Valutamarkt.

w. Zürich. 9. März. Devisenkurse: Deutschland 6.65 (zuletzt 6.65). Wien 2.55 (2.60). Prag 6.10 (6.25). Holland 2.0 (2.0)...

Industrie und Handel.

Chemische Fabriken vorm. Goldberger, Geroms & Co. Winkel (Rheinl.). Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 27. März d. J. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung...

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister zu Wiesbaden wurde eingetragen: Wiesbadener Wach- und Schmelzgesellschaft m. b. H. Wiesbaden...

Wetterberichts.

Table with weather data for Wiesbaden, including temperature, wind, and humidity for the date 8. März 1920.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 4 Seiten. Verantwortlich für den politischen Teil: H. G. Schaefer...



